

Gesetzentwurf

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes

A. Problem und Ziel

Nach geltender Rechtslage erhält die Land- und Forstwirtschaft rd. 21,5 ct/Liter Energiesteuervergütung für Gasöl, das in landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen verwendet wird. Dabei ist ab dem Jahr 2005 je Betrieb und Kalenderjahr ein Selbstbehalt von 350 vorgegeben. Mit dem Gesetzentwurf soll eine Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld ermöglicht werden, ohne den Bundeshaushalt zusätzlich zu belasten.

B. Lösung

Ziel des Gesetzentwurfes ist eine Öffnung des Energiesteuergesetzes, die es den Ländern ermöglicht, den Land- und Forstwirten einen dem Selbstbehalt entsprechenden Betrag zu zahlen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für den Bund ergeben sich keine Auswirkungen auf den Haushalt, weil die durch die Öffnungsklausel ermöglichten Zahlungen aus Landesmitteln zu bestreiten sind. Auswirkungen auf die Haushalte der Länder ergeben sich nur, soweit von der Öffnungsklausel Gebrauch gemacht wird. Kommunale Haushalte sind von der Regelung nicht betroffen.

2. Vollzugsaufwand

2.1 Bund

Unabhängig von der Länderöffnungsklausel sind beim Vollzug der Steuerentlastung für Betriebe der Forstwirtschaft durch die Zollverwaltung Bescheinigungen über die Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe auszustellen. Der jährliche Mehraufwand wird im Jahr 2009 mit 160 000, im Jahr 2010 mit 60 000 und ab dem Jahr 2011 mit jährlich 5 000 veranschlagt.

2.2 Länder und Kommunen

Keine

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau sowie auf Verbraucherinnen und Verbraucher sind nicht zu erwarten.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Energiesteuergesetzes

Das Energiesteuergesetz vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1534), das zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 57 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Soweit die Energieerzeugnisse für die Ausführung forstwirtschaftlicher Arbeiten verwendet worden sind, wird eine Steuerentlastung gewährt, wenn und soweit sie unter den Voraussetzungen der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrages auf „De-minimis“-Beihilfen (ABl. L 379 vom 28. 12. 2006, S. 5) zulässig ist.“

b) Dem Absatz 6 werden folgende Sätze angefügt:

„Davon abweichend können die Länder einen Betrag bis zur Höhe des Selbstbehalts aus eigenen Mitteln gewähren. Die Durchführung der Zahlung obliegt den Ländern. Die Länder können anstelle einzelbetrieblicher verbrauchsbezogener Daten auch Verbrauchsdurchschnittswerte zu Grunde legen.“

2. Dem § 67 wird folgender Absatz 10 angefügt:

„(10) Eine Leistung aus Landesmitteln im Sinne des § 57 Absatz 6 Satz 2 ist erstmals für das Verbrauchsjahr 2008 möglich.“

Artikel 2

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2 tritt vorbehaltlich der hierzu erforderlichen beihilferechtlichen Genehmigung durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und vorbehaltlich Satz 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Wird die nach Artikel 19 der Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom (ABl. L 283 vom 31.10.2003, S. 51), die zuletzt durch die Richtlinie 2004/75/EG (ABl. L 157 vom 30.4.2004, S. 100, L 195 vom 2.6.2004, S.31) geändert worden ist, zusätzlich erforderliche Ermächtigung des Rates der Europäischen Union erst nach dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt erteilt, tritt Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2 abweichend von Satz 1 am Tag nach der Verkündung dieser Ermächtigung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Der Tag des Inkrafttretens ist vom Bundesministerium der Finanzen im Bundesgesetzblatt gesondert bekannt zu geben.

Berlin, den 5. Mai 2009

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**

Begründung

A. Allgemein

Ab dem Jahr 2005 wurde bei der Steuerentlastung für Gasöl, das in landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen verwendet wird (Agrardieselvegütung), für die entlastungsberechtigten Betriebe ein Selbstbehalt in Höhe von 350 Euro eingeführt. Betroffen sind rund 360 000 Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Die Betriebe bekommen für den Verbrauch über 1 629 Liter für bis zu 10 000 Liter im Kalenderjahr (Obergrenze) unter weiterer Berücksichtigung einer Bagatellgrenze von 50 Euro je Liter Diesel 21,48 Euro-cent vergütet.

Mit der Einführung einer Öffnungsklausel soll es den Ländern ermöglicht werden, im Rahmen der Agrardieselvegütung entlastungsberechtigten Betrieben eine zusätzliche Förderung bis zur Höhe des Selbstbehalts zu gewähren. Da die Förderung aus Landesmitteln erfolgen soll, wird der Bundeshaushalt nicht belastet.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1 (Änderung des Energiesteuergesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 57)

Zu Buchstabe a (Absatz 1 Satz 2 – neu)

Die Regelung stellt klar, dass die Gewährung einer Steuerentlastung für die Ausführung forstwirtschaftlicher Arbeiten unter den Voraussetzungen einer De-minimis-Beihilfe nach

der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrages auf „De-minimis“-Beihilfen erfolgt. Diese Regelung ist unabhängig von der Regelung zu Buchstabe b erforderlich.

Zu Buchstabe b (Absatz 6 Satz 2 und 3 – neu)

Mit der Änderung wird eine Öffnungsklausel eingefügt, die es den Ländern ermöglicht, einen Betrag bis zur Höhe des Selbstbehalts aus eigenen Mitteln zu gewähren. Außerdem wird klargestellt, dass die Durchführung der zusätzlichen Förderung im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich der Länder zu erfolgen hat. Weiterhin wird es den Ländern ermöglicht, die Zahlung bis maximal in Höhe des Selbstbehalts auch an Hand von Durchschnittsverbrauchsdaten je Hektar zu berechnen und auszuzahlen.

Zu Nummer 2 (§ 67 Absatz 10 – neu)

Die zusätzliche Förderung durch die Länder soll möglichst schnell umgesetzt werden. Die Agrardieselerstattung erfolgt in dem Kalenderjahr, das auf das Verbrauchsjahr folgt. Daher soll die Erstattung eines Betrages bis zur Höhe des Selbstbehalts bereits für das Verbrauchsjahr 2008 ermöglicht werden, damit die Förderung 2009 erstmalig gewährt werden kann.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.